Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 400 Mark

# Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonntag, 13. Mai 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Moabit: 4783—88, 4969—98. Postscheck Berlin Nr. 407 941. Die „DTZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag, Bezugspreis 9000 ℳ monatl.

Nr. 218 — 62. Jahrgang.

In Fällen höherer Gewalt, vom Betriebsstörung, vom Streik oder erzwungenen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Tagespreis für Anzeigen 1000,— ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Behördliche Anzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

**Die Verordnung über die neue Devisenordnung wird im Wortlaut auf Seite 7 veröffentlicht. Eine kritische Würdigung findet sich im volkswirtschaftlichen Teil dieser Nummer.**

## Die französische Parlamentssession.

Von unserem Berichterstatter.

S. Paris, 9. Mai.

Nach den gestrigen Beschlüssen der französischen Kammer, die wieder einmal lediglich auf das ganz persönliche Eingreifen Poincarés zurückzuführen sind, ist die eigentlich seitdem verschiedene Debatte über die französische Außenpolitik nach den fünf Wochen Parlamentsferien noch wiederum, und zwar auf den 22. Mai, also Dienstag nach Pfingsten vertagt worden. Wieder einmal hat Poincaré bewiesen, daß er, wenn er auch nichts Positives zu schaffen versteht, als „negativer" Politiker nicht unterschätzt werden darf. Er ist wirklich, wie seine Widersacher es ausdrücken, der „point carré", der unmöglische „viereckige Punkt", an dem wie bei der Quadratur des Zirkels nun einmal alle Vernunft und Logik aufhören.

Auch die letzten zwei Monate der zweiten Session 1923 dieser immer noch aus dem Kriege herübergerettete Kammer des blöc national werden beherrscht von Ruhraktion und französischer Außenpolitik. Erst mit dem 31. Mai 1924 wird diese am 16. November 1919 gewählte Kriegskammer endgültig auseinandergehen, nachdem ihre Legislaturperiode schon einmal künstlich um sechs Monate verlängert wurde. Da die Neuwahlen nach der Verfassung zwischen dem 15. April und 15. Mai stattfinden müssen, bleiben dieser Kammer für positive Arbeit nur noch acht Monate zwischen jetzt und den großen Ferien, drei nach ihrem gesetzlichen Wiederzusammentritt Oktober 1923 und höchstens drei weitere im Frühjahr 1924.

In diesen acht Monaten wird die Kammer aber unmöglich nur einen kleinen Teil ihres unerledigten Pensums bewältigen können. Zunächst das Budget 1923. Bisher wurden der Regierung provisorisch fünf Monatszwölftel bewilligt, um überhaupt weiterwirtschaften zu können. Wird das Budget nicht bis Ende Mai verabschiedet — wovon kein vernünftiger Mensch glaubt —, so müssen neue Monatszwölftel bewilligt werden. Man ist sich in französischen parlamentarischen Kreisen durchaus darüber klar, daß dieses „Vormurfseln" schließlich den Franckenkurs nicht sonderlich günstig beeinflussen kann, sieht aber keinerlei Möglichkeit, aus diesem Wirrwarr herauszukommen, da bis zur verfassungsmäßige Einigung zwischen Kammer und Senat über das Budget 1923 bis zum 31. Mai zu ersehen. Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen kein Mensch vom Etat 1924 überhaupt spricht. Dessen Erledigung möchte man der neuen Kammer überlassen.

Unerledigt bleiben von den wichtigsten Vorlagen ferner das neue Wahlgesetz, Heeresreform, neue Steuergesetze, das Pensionsgesetz usw. Sonntagsmesse die während der fünf Wochen Ferien eingegangenen ell. Interpellationen (sechs wegen der Außenpolitik und fünf wegen der Innenpolitik). Der unabhängige Royalist Daudet interpelliert wegen der Reise Loucheurs nach England, der Radikale Margaine ganz allgemein wegen der französischen Außenpolitik. Der Kommunist Berthon wünscht Auskunft über die Ruhraktion und besonders über die traurigen Ereignisse in Essen am Karfsamstag, außerdem in einer weiteren Interpellation über die Lausanner Konferenz und die französische Orientpolitik im allgemeinen. Der Berthon nahestehende Abg. Maudet fragt an wegen der französischen Politik gegenüber Ungarn. Der bekannte Anwalt de Moro-Giafferri macht namens der republikanischen Sozialisten der bürgerlichen „Union Sacrée" in der leidigen Angelegenheit des französischen Journalisten Labourel zum Vorwurf. Von den innerpolitischen Interpellationen verdienen besonders die beiden bezüglich der Unterrichtsreform Beachtung. Die erste rührt von Georges Leygues her, dem ersten Ministerpräsidenten unter Millerand, und die zweite von dem Radikalen Herriot, dem Führer der bürgerlichen Opposition. Die Besprechung einer weiteren, sehr interessanten innerpolitischen Interpellation, der des rechtsstehenden Abg. Jhouraguray über die Chino-Bank-Angelegenheit ist bereits auf den 18. Mai festgesetzt worden.

Vorsehende kleine Auslese dürfte genügen, um darzutun, daß die Kammer unmöglich in der Lage ist, innerhalb der ihr noch zur Verfügung stehenden Frist die Fülle von Vorlagen aufzuarbeiten. Dank ihrer eigenen, völlig verfehlenden Politik hat sie zunächst weit lebenswichtigere, schwerwiegendere Fragen zu lösen. Um erst einmal aus dem finanziellen Wirrwarr herauszukommen, der durch das Ruhrabenteuer sich zum gänzlichen Chaos gestaltet.

Der neugiesige Tardieu faßte diese mißliche Lage in folgende fünf Fragen zusammen, auf die er vergeblich eine Antwort seitens der französischen Regierung wartet. Die fünf Fragen lauten:

1. Betrag der Bareinnahmen im Ruhrgebiet durch die französisch-belgischen Besatzungstruppen seit dem 11. Januar 1923?
2. Wieviel Kohlen und Koks erhielt Frankreich-Belgien seit dem 11. Januar 1923 bis heute aus Deutschland?
3. Wieviel in der gleichen Zeit des Vorjahres?
4. Besatzungskosten durch die Ruhrbesetzung seit dem 11. Januar?
5. Wie groß sind die Verluste der französisch-belgischen Industrie seit dem 11. Januar 1923, sei es infolge Kohlen- und Koksmangels, sei es infolge der Preissteigerungen für Brennstoffe?

**Markkurs in New York 0,0023 Geld, 0,00231/4 Brief; der Mittelkurs entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 43 360.**

## Die englische Antwort in Paris und Brüssel.

### Deutschland soll neue Vorschläge machen.

S. Paris, 12. 5. (Eigenbericht)

Die englische Antwortnote ist heute morgen 2 Uhr durch einen englischen Spezialkurier an Poincaré übergeben worden. Ihre offizielle Veröffentlichung wird morgen nachmittag 3 Uhr erfolgen.

Wenn verschiedene Pariser Abendblätter heute Andeutungen über ihren Inhalt machen zu können glauben, so können wir auf sie bestimmt erst verzichten, daß dies nicht weiter als leere Vermutung ist. Vom Quai d'Orsay ist tatsächlich bis in die späte Abendstunde gar nichts über den Inhalt mitgeteilt worden. Nach unseren sicheren eigenen Informationen steht fest, daß die englische Note nach dem letzten Meinungsaustausch eine nochmalige Ausarbeitung erfahren hat. Es ist ein Dokument von vier Schreibmaschinenseiten.

Die heute nacht durch Havas veröffentlichen angeblichen Auszüge aus der Note sind zum mindesten stark tendenziös. Die Note zerfällt in zwei streng voneinander gehaltene Teile. Der erste Teil lehnt die deutsche Note ziemlich schroff ab. Im zweiten Teil wird ein klarer Weg über neue Verhandlungsmöglichkeiten gewiesen. Hierbei spielt die interalliierte Schuldenfrage eine bedeutende Rolle. England betont fernerhin, daß die Ruhrbesetzung nicht im Widerspruch stehe zum Versailler Vertrag. Im übrigen vertritt England in der Note auch jetzt noch den auf der Januarkonferenz präzisierten Standpunkt.

### Die italienische Note „vollkommen verschieden" von der englischen.

Die italienische Note, die ebenfalls, wie wir erfahren, heute offiziös in Paris inhaltsweise mitgeteilt wurde und deren Veröffentlichung auch wahrscheinlich morgen erfolgen dürfte, weicht von der englischen Note ganz ab; sie ist im allgemeinen weniger präzis gehalten als die englische Note, beschäftigt sich aber auch gewissermaßen mit der Entschädigungsfrage und im engsten Zusammenhang damit mit der Frage der interalliierten Schulden.

### Ueberreichung an Botschafter Schwauer Sonntag Mittag.

London, 12. 5. (W. T. B.) Die Ueberreichung der Antwortnote der britischen Regierung an den deutschen Botschafter Sthamer findet morgen Sonntag um 12 Uhr statt. Um 3 Uhr nachmittags wird sie an die Presse ausgegeben. Wie verlautet, ist die britische Note verhältnismäßig kurz.

Unerledigt bleiben von den wichtigsten Vorlagen ferner das neue Wahlgesetz, Heeresreform, neue Steuergesetze, das Pensionsgesetz usw. Sonntagsmesse die während der fünf Wochen Ferien eingegangenen ell. Interpellationen (sechs wegen der Außenpolitik und fünf wegen der Innenpolitik). Der unabhängige Royalist Daudet interpelliert wegen der Reise Loucheurs nach England, der Radikale Margaine ganz allgemein wegen der französischen Außenpolitik. Der Kommunist Berthon wünscht Auskunft über die Ruhraktion und besonders über die traurigen Ereignisse in Essen am Karfsamstag, außerdem in einer weiteren Interpellation über die Lausanner Konferenz und die französische Orientpolitik im allgemeinen. Der Berthon nahestehende Abg. Maudet fragt an wegen der französischen Politik gegenüber Ungarn. Der bekannte Anwalt de Moro-Giafferri macht namens der republikanischen Sozialisten der bürgerlichen „Union Sacrée" in der leidigen Angelegenheit des französischen Journalisten Labourel zum Vorwurf. Von den innerpolitischen Interpellationen verdienen besonders die beiden bezüglich der Unterrichtsreform Beachtung. Die erste rührt von Georges Leygues her, dem ersten Ministerpräsidenten unter Millerand, und die zweite von dem Radikalen Herriot, dem Führer der bürgerlichen Opposition. Die Besprechung einer weiteren, sehr interessanten innerpolitischen Interpellation, der des rechtsstehenden Abg. Jhouraguray über die China-Bank-Angelegenheit ist bereits auf den 18. Mai festgesetzt worden.

Vorstehende kleine Auslese dürfte genügen, um darzutun, daß die Kammer unmöglich in der Lage ist, innerhalb der ihr noch zur Verfügung stehenden Frist die Fülle von Vorlagen aufzuarbeiten. Dank ihrer eigenen, völlig verfehlenden Politik hat sie zunächst weit lebenswichtigere, schwerwiegendere Fragen zu lösen. Um erst einmal aus dem finanziellen Wirrwarr herauszukommen, der durch das Ruhrabenteuer sich zum gänzlichen Chaos gestaltet.

Der neugierige Tardieu faßte diese mißliche Lage in folgende fünf Fragen zusammen, auf die er vergeblich eine Antwort seitens der französischen Regierung wartet. Die fünf Fragen lauten:

1. Betrag der Bareinnahmen im Ruhrgebiet durch die französisch-belgischen Besatzungstruppen seit dem 11. Januar 1923?
2. Wieviel Kohlen und Koks erhielt Frankreich-Belgien seit dem 11. Januar 1923 bis heute aus Deutschland?
3. Wieviel in der gleichen Zeit des Vorjahres?
4. Besatzungskosten durch die Ruhrbesetzung seit dem 11. Januar?
5. Wie groß sind die Verluste der französisch-belgischen Industrie seit dem 11. Januar 1923, sei es infolge Kohlen- und Koksmangels, sei es infolge der Preissteigerungen für Brennstoffe?

### Vor einer außenpolitischen Rede Millerands.

Paris, 12. 5. Der Präsident der Republik Millerand wird am 3. Juni in Chaumont bei der Einweihung eines Denkmals für die gefallenen französischen und amerikanischen Soldaten eine Rede halten, die sich besonders mit der auswärtigen Politik beschäftigen wird. Den Feierlichkeiten wird auch Marschall Pershing beiwohnen.

### Versammlungsverbot in Lausanne.

#### Frau Worowski eingetroffen.

d. Lausanne, 12. 5. (Eigenbericht)

Heute am Spätnachmittag ist Frau Worowski mit ihrer Tochter von Rom kommend in Lausanne eingetroffen. Der Polizeidirektor von Lausanne persönlich und ein zahlreiches Aufgebot von Schutzleuten verstehen den Sicherheitsdienst. Die beiden Berliner Sowjetbelegierten werden heute abend in Lausanne erwartet. Für die sind ebenfalls zum besonderen Sicherheitsmaßregeln vorgesehen.

Anläßlich einer heute abend von Lausanner Kommunisten geplanten Protestversammlung gegen die Ermordung Worowskis erließ die kantonale Regierung ein Verbot für alle Versammlungen, Kundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel. Geschlossene Versammlungen bedürfen ausdrücklicher Bewilligung.

Die Regierung erklärt weiter, daß die Ermordung Worowskis nur die Polizei und die Gerichtsbehörden angehe und keinen politischen Charakter trage. Der Zustand der beiden verwundeten Mitglieder der russischen Delegation hat sich im Laufe der Nacht gebessert.

Der Leichnam Worowskis wird Sonntag abend nach Berlin gebracht werden. Die kommunistische, sozialistische und kommunistische Gruppe werden ihn mit ihren Fahnen bis zum Bahnhof begleiten.

### Rückkritt des lettischen Kabinetts.

Riga, 12. 5. (T. U.) Das Kabinett ist in seiner Gesamtheit zurückgetreten.

### Hungerstreik des Abgeordneten Höllein.

Paris, 12. 5. (W. T. B.) Wie die „Humanité" mitteilt, hat der kommunistische Abgeordnete Höllein gestern in Paris mit dem Hungerstreik begonnen. Er bis der Aktion Raoul Peret, ihn vorzulassen, bis er freigelassen werde.

### Ein Franzose erschossen.

d. Köln, 12. 5. (Eigenbericht) In Oberhausen sind am Himmelfahrtstag zwei heute den Franzosen zum Opfer gefallen. Am frühen Morgen wurde ein unbekannter Mann im Stadtteil Lirich von einem Franzosen erschossen. Gegen 9 Uhr abends wurde der französische Staatsangehörige Nikolaus Eberhard aus Corbach auf dem Wege nach Sterkrade erschossen, weil er, wie ein französischer Offizier angab, auf Anruf nicht stehengeblieben sei. Der Erschossene war auf dem Wege, seinen in französischen Diensten stehenden Sohn zu besuchen.

### Ein neues Todesopfer.

Polizeidirektor Demmler aus Duisburg-Wiederich ist, wie W. T. B. meldet, am 8. Mai infolge eines Schlaganfalls, der vermutlich durch Erregung in einer unmittelbar vorhergegangenen Vernehmung vor einer Besatzungsbehörde hervorgerufen worden ist, auf der Straße gestorben.

## Was Frankreich will

### Eine Aufrechnung des „Temps".

Paris, 12. 5.

Der „Temps" schreibt, die Meinung der französischen Regierung ist mehr als einmal auseinandergesetzt worden. Diese will nicht mehr für sich verlangen als den Ersatz der ihr entstandenen materiellen Schäden. (?) Frankreich will jedenfalls etwa 50 Prozent der jetzigen Summe erhalten, die durch die Obligationen A und B (50 Milliarden Goldmark) dargestellt werden. Mehr will Frankreich nicht, nur so viel verlangen, als es zur Zurückzahlung der Summen benötigt, die es England und den Vereinigten Staaten schuldet.

Danach dürfte die erste Rate der deutschen Zahlungen nicht in der Emission einer großen und phantastischen internationalen Anleihe bestehen. Die Mobilisierung eines so großen Kapitals erscheine sehr schwierig und war außerdem sehr teuer. Man könne eine andere Methode ins Auge fassen. Zum Beispiel, daß Deutschland die Papiere aus den Zeichnungen Amerikaner Anleihen, die bereits für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich, Belgien und Italien aufgenommen worden seien, übernehmen könnte. Je nachdem sich das Vertrauen des internationalen Kapitalmarktes weiter befestige, könnte man zu einem freiwilligen Ansuchen der Wertpapiere gelangen, zur Schaffung eines internationalen Marktes für die deutschen Wertpapiere, zu Konvertierungen, die es gestatten würden, einen Amortisationsfonds zu schaffen usw.

Wird nun England, fährt der „Temps" fort, eine Summe verlangen, die dem Betrag seiner Schulden an die Vereinigten Staaten entspricht? Dieser Betrag würde etwa 17 Milliarden Goldmark ausmachen, während der normale Anteil Englands an den Obligationen A und B 11 Milliarden beträgt. Welche Zahlungen wird weiterhin England von Frankreich und Italien verlangen? Diese Forderungen würden natürlich ebenfalls Deutschland zur Last legen müssen. Aus diesen zwei Gründen, die bis zu einem gewissen Grade übereinstimmen, hängt der Betrag der Zahlungen, die Deutschland zu leisten haben wird, von der Entscheidung ab, die England trifft. Nach dieser Entscheidung kann sich die Lage, die auf Deutschland ruhen wird, bis zum Zweifachen erhöhen. Man kann einwerfen, daß die Stimme der Vereinigten Staaten ebenfalls auf die Gesamtsumme der deutschen Zahlungen einwirken wird. Aber die Unterschiede, die zwischen englischen Forderungen resultieren, wird dadurch nicht weniger groß.

*

Brüssel, 12. 5. Der französisch-belgische Ausgleichsbundes Handelsvertrag ist heute um 12 Uhr mittags im Kabinett des Ministers des Aeußern Jaspar unterzeichnet worden.

## Französischer Vormarsch bei Mannheim.

### Truppenverstärkungen am Ostrand des Einbruchsgebiets.

Mannheim, 12. 5.

Heute mittag um 5/4 Uhr marschierte eine französische Truppe von der Rheinfeldstraße kommend vorwärts Frau Friedrich Alfred Krupp, Frau Berta Krupp von Bohlen-Halbach mit ihren Sohn Alfred, die Frau des Verwaltungsdirektors Müller und die Frauen der im Gefängnis befindlichen Direktoren Hartwig, Bruhn und Oesterlein zum Hauptbetriebsgebäude, wo sie die Ehrenwachen bei Direktorium, die Mitglieder der Werksleitung, des Betriebsrats, des Verbandes der leitenden Beamten sowie der Leiter der Werke Gerlach-Rennad und Friedrich-Alfred-Hütte eingeschlossen hatten. Die Vertreter der Behörden gaben ihrer Entrüstung gegen das Verbrechen Ausdruck und versicherten vorerst die Ehrenwachen an die versammelten Damen, in deren Namen Frau Krupp von Bohlen und Halbach mit herzlichen Worten dankte. Die Damen verließen bei ihrer Ankunft und Abfahrt von zahlreichen Werksangehörigen begrüßt.

### Sprengung zweier Brücken.

d. Köln, 12. 5. (Eigenbericht) Auf der militärischen Nordstrecke wurden in der vergangenen Nacht außer der bereits gemeldeten Sprengung zweiter Brücken von Elberfeld noch zwei weitere Sprengungen vorgenommen. In Oberhausen wurde die Kanalbrücke auf der Eisenbahnlinie Oberhausen—Osterfeld-Süd gesprengt. Die Arbeiten der Eisenbahnverwaltung unterbunden. Der Täter ist unerkannt entkommen. Weiter wurde auf der Strecke Osterfeld—Hamm die Eisenbahnbrücke bei Nipelshausen gesprengt.

### Denkmalsschändung in Trier.

Metzer, 12. 5. (W. T. B.) In Trier ist in der Nacht zum Freitag das Kaiser-Wilhelm-Denkmal von unbekannten Tätern vom Sockel gestürzt worden. Die Täter haben dabei Verhältnisse, die sich gegenseitig ergänzen sollen, daß die Zerstörung von langer Hand vorbereitet war.

### Revision gegen das Düsseldorfer Todesurteil.

Düsseldorf, 12. 5. (Mtb.) Die Verteidiger des am Mittwoch vom französischen Kriegsgericht Düsseldorf zum Tode verurteilten Schlageter und des zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilten Bodewig haben gegen das Urteil Revision eingelegt.

## Das Parteiverbot.

### Interpellation im Reichstag.

Der Reichstag nahm in seiner Sonnabendsitzung das deutsch-politische Abkommen über das Rechtsmittelverfahren in Oberschlesien in allen drei Lesungen ohne Debatte an. Abg. Beuermann (D. Vp.) gab zu dem von einer Kommission beratenen Antrag über die Neuordnung der Lehrerbildung im Namen aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eine Erklärung ab, in der die Hoffnung gesetzlich Neuregelung der Lehrerbildung verlangt wird. Das Gesetz für 1923 wurde ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Beratung des Haushalts des Innern der Verfassung und mit zwei Interpellationen der Deutsnationalen, die sich gegen die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei und gegen das Verbot aller Selbstschutzorganisationen wenden.

Abg. Graf Westarp (D. Nat.)

begründet die Interpellationen. Er führt aus: Wir wollen wissen, Interpellationen nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen, obwohl wir zum Staatsgerichtshof, der ein reines Parteigericht ist, kein Vertrauen haben.

Zum Verbot einer Gesinnungsgemeinschaft hält dem Gesetz keine Handhabe. Mit der Willkürmacht Verfassung und dem Grundrechten des demokratisch-parlamentarischen Systems sich das Verbot des Ministers Severing in unfruchtbarem Widerspruch. In einem Verbot der Kommunistischen Partei hat sich der Minister Severing nicht berücksichtigen.

Der Staatsgerichtshof hat die von vielen sozialdemokratisch beeinflußten Landesregierungen unternommenen Schritte gegen Selbstschutz- und Wehrsportorganisationen beleuchtet. Der Staatsgerichtshof hat dabei den im republikanischen Schutzbeirat angeführten Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung sehr bemerkt. Die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs gerät aus Nächste und macht dieses Gericht zu einem einseitigen politischen Machtinstrument, das ohne Rücksicht auf Recht und Gerechtigkeit arbeitet. (Beifall rechts.) Das Recht der Notwehr und der gemeinsamen Ausübung dieser Notwehr werden eine Organisationen sich auch durch den Minister Severing und durch den Terror der Straße nicht nehmen lassen. Wir verlangen die Aufhebung des Kautskyerlassung des republikanischen Schutzgesetzes. Die Politik Freusens, Sachsens und Thüringens, durchkreuzt gerade die Reichspolitik und schadet der Autorität der Regierung, der Ruhr, den die verschiedenen Parteien gemeinsam mit dem Reichskanzler Cuno führen wollen. (Beifall rechts.)

#### Reichsminister des Innern Oeser

Die Gründe für das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei sind vom Staatsgerichtshof eingehend geprüft worden, und ich darf sagen, daß damit die Unrichtigkeit in diesem Urteil eine Erledigung gefunden hat. Die Kleinrede Ihrer Note reicht: Das ist ja bekannt! Sie machen sich über die Sache bequem!) Der deutschvölkische Abgeordnete soll nach Ihrem neuen Gesetz das Ministerium Severing nach Recht gegeben werden, in Verhandlungen zu ihnen Anhängern zu sprechen. Ja der Antrag Interpellation erfüllen wir. Es ist allein Aufgabe des Staates, die Freiheit der Versammlungen zu schützen. Es entspricht deshalb durchaus den Ansichten der Reichsregierung, wenn die preußische Staatsregierung solchen Staatsfeindlichen und Selbstschutzorganisationen von rechts und links energisch entgegentritt. (Abg. Schultz-Bromberg, D. Nat.: „Auf dem linken Auge ist sie blind.") Zum Vorgehen gegen die preußische Regierung steht weder Möglichkeit noch Anlaß vor. Die unbeeinflußten Angriffe des Abg. Graf Westarp gegen die Tätigkeit des Staatsgerichtshofs weise ich entschieden zurück.

#### Abg. Scheidemann (Soz.):

Wir Sozialdemokraten wollen die Freiheit der Presse, wir wollen sogar eine gewisse Schimpfpresse bei allalem; aber wir wollen nicht die Schießpresse bei allalem. Bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei handelt es sich um eine Verbrecherpartei. Der Redner verliest unter großer Bewegung im Hause zahlreiche Briefe Hitlers, Ludendorffs und anderer deutschvölkischer Führer und Unterführer, in denen u. a. ausgeführt wird, die Deutschvölkische Freiheitspartei sei eigentlich nur der Tarnmantel, unter den alle verbotenen Organisationen unterschlüpfen können. In anderen Briefen wird der jetzt verbotenen Rossbach werden die militärischen Unterführer für die einzelnen Provinzen angegeben. Wulle ist u. a. einem Rechtsanwalt, möglichst gut finanzkräftige Leute zu verbindlichen Besprechungen einzuladen. Er, Wulle, habe versucht, einen solchen Besprechung 19 Millionen Mark zusammengebracht. (Große Heiterkeit.) Ferner geht aus dem Material hervor, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei in der Reichswehr 11 Millionen Mark gesammelt worden sein sollen.

#### Abg. Marxsen (D. Vp.):

Der Partei zusammengesetzte Staatsgerichtshof widerspricht dem elementarsten Willen eines jeden Rechtsstaates. Es ist ein Rückschritt in die Zeit des Wahlkampfes. Dem Minister Severing ist der Vorwurf zu machen, daß er nicht rechtzeitig vorgegangen ist. Die Kommunisten treiben ihr Unwesen auch hier in Berlin unter den Augen des Herrn Severing. Bei der katastrophalen Lage Deutschlands ist das Bestehen nationaler Verbände notwendig. Wir alle von rechts und links sollten solche Verbände fördern. Es ist leider nicht so ganz wahrlich als Rechtsgesichtshof bezeichnet. Ich erkläre namens meiner Partei, daß wir diesem Urteilen nicht länger mit Stillschweigen zusehen können.

Ein Vertagungsantrag, gestellt vom Abg. Schultz (Bromberg), wird abgelehnt.

#### Henning (Dtsch-völk.):

Von tatsächlichen Unterlagen für Severings Vorgehen war in Leipzig von dem Staatsgerichtshof keine Rede. Es war eine politische Pleite. Wie kommt es, daß Herr Scheidemann über Material vorbringt, das nur in den Händen des Staatsgerichtshofs und des Herrn Severing sich befinden kann? Was den militärischen Aufmarschplan betrifft, so ist das lächerlich. Alle diese Dinge sind erledigt, weil sie mit unserer Partei gar nichts zu tun haben. „Lachen und Beifall links.) Gegen den Vorhalt es sich mit den Dokumenten also. Was man bei Herrn Wulle fand, war nur ein Bordlang aus dem Jahre 1920. Bei uns besteht keine solche Organisation. Nach der Reichsverfassung sind die Reichstagsabgeordneten Vertreter des ganzen deutschen Volks, von dem alle Gewalt ausgeht. Es widerspricht doch allen demokratischen Grundsätzen, daß die Vertretungen dieser Vertreter einfach verboten werden. Wenn das Verbot von Parteien ausgelassen wird, dann ist damit der Weg zur Diktatur geebnet. Wenn der Reichstag das unlieb, würde er sich selbst entmannen. Mit Gewaltmaßnahmen über sich unsere völkische Bewegung nicht unterdrücken. (Beifall rechts, Handelsklassen auf der Rechtsmittelbank.)

Um 7½ Uhr wird die Weiterberatung auf Montag, 2 Uhr, vertagt.

## Die englisch-russische Spannung.

### Krassins Londoner Mission.

Moskau, 12. 5. (C. E.)

Krassin hat Moskau am Abgang verlassen, um sich über Königsberg—Berlin nach London zu begeben. Die Sowjetregierung wird auf die ultimative englische Note bereits in den nächsten Tagen antworten. Es ist zu erwarten, daß die Antwort in versöhnlichem Tone gehalten sein wird. Krassin sollte eigentlich schon vor einiger Zeit in London verbleiben, um die Reorganisation des Außenhandelskommissariats durchzuführen; doch wurde seine Entsendung schon vor einiger Zeit in Erwägung gegeben, weil das Auftreten seines Kollegen Stellvertreters, namentlich während der Spannung aus Anlaß des Geschäftsverfahrens gegen die katholischen Geistlichen, in Moskau als nicht diplomatisch genug bewertet wurde. Krassin hat ferner von dem russischen Geschäft interessierten englischen Geschäftsleuten Briefe erhalten, in denen sie ihrer Hoffnung Ausdruck geben, daß seine Mission dazu beitragen, die unwachsende englisch-russische Spannung zu lösen. In Moskauer Regierungskreisen werden in dieser Beziehung große Erwartungen auf die persönlichen Verbindungen Krassins in einflußreichen englischen Kreisen gesetzt. Man hofft daher, daß die Reise Krassins nach London das Bestreben der Sowjetregierung, die strittigen Fragen, namentlich die Frage der Fischereiangelegenheiten, durch friedliche Verhandlungen zu lösen, wesentlich unterstützen werde.

Eine Generaldebatte im Zusammenhang der Moskauer Börse faßte eine Entschließung, worin aus Anlaß des englischen Ultimatums an die Handelsstreite Englands und aller Länder eines neuen Krieges appelliert wird, für die Sicherung der friedlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Völker einzutreten.

### Londoner Kombinationen über den Zweck der Reise.

A. London, 12. 5. (Eigenbericht) Die Nachricht, daß Krassin im Flugzeug von Moskau nach London unterwegs ist, erregt in den Abendblättern größtes Aufsehen. Ueber den Zweck seines Besuches gehen die Vermutungen dahin, daß Krassin den Entwurf der russischen Antwortnote auf die englische Note mitbringt und er mit dem englischen Kabinett verhandeln will, während von anderer Seite behauptet wird, daß seine Reise den Zweck habe, die Auflösung der Londoner Handelsdelegation vorzubereiten. Es scheint jedoch, daß die russische Antwort den Zusammentritt einer Konferenz vorschlägt. Ob sich das Londoner Kabinett damit zufriedengeben wird, dürfte im wesentlichen von dem Verlauf der Unterhaussitzung am nächsten Dienstag abhängen, die mit größtem Interesse erwartet wird. Sowohl die Regierungsparteien wie die Opposition werden alle Anstrengungen machen, um ihre Stellung vorläufig zu sein. Von liberaler Seite wird die Regierung weiterhin wegen ihres Vorgehens selbst angegriffen.

Die Demonstration gegen die Arbeiterpartei, die morgen unter dem Motto: „Kein Krieg mit Rußland" stattfinden wird, hat schon zu Diskussionen innerhalb der Parteien geführt. Die Sozialisten, die bekanntlich, wie den rechten Flügel der Arbeiterbewegung angehört, hat die Teilnahme an der Demonstration abgelehnt.

Aus Moskau liegen über Telegramme vor, wonach eine große Protestkundgebung gegen England stattgefunden hat, wobei die Redner ihren Ausführungen besonders das Motto gegenüber legten: „Rußland ist nicht die Ruhr".

### Notenwechsel Poincaré-Tschitscherin

#### Rücktransport russischer Kriegsteilnehmer.

Moskau, 11. 5. (C. E.) Tschitscherin hat eine Note Poincarés erhalten mit der Benachrichtigung, daß am 10. Juni der Abransport der in Frankreich verbliebenen ehemaligen russischen Kriegsteilnehmer in die Heimat über Marseille beginnen werde. Die Note äußert den Wunsch, daß die Delegation des russischen Roten Kreuzes nicht später als am 5. Juni zum Empfang des Transports in Marseille eintreffen möge. In seiner Antwortnote spricht Tschitscherin sein Dank für die Benachrichtigung aus und ersucht um freie Durchreise der russischen Delegation, die sich demnächst nach Marseille begeben werde.

### Amerikanischer Funkdienst.

#### New York, Devisen- u. Geldmarkt.

| | 12. 5. | 11. 5. | | 12. 5. | 11. 5. |
|---|---|---|---|---|---|
| Tägl. Geld | 4½ % | 4½ % | Brüssel | 5,70 | 5,70 |
| Berlin | 0,0023 G | 0,00241 G | Amsterdam | 39,07 | 39,09 |
| | 0,0023 B | 0,00253 B | Madrid | 17,94 | 17,94 |
| London | 4,00241 | 4,0025 | Kopenhagen | 18,87 | 18,87 |
| Neuyork | 0,00224 | 0,00241 | Prag | 2,97 | 2,96 |
| Paris | — | — | Zürich | — | 4,84 |
| Kopenh. | 4,62,00 | 4,62,00 | Wien | — | 13,21 |
| Lond. 60 | 4,59,87 | 4,59,75 | Silber, ausl. | 662 | 662 |
| Paris | 6,60 | 6,60 | Gold | 594 | 595 |

#### New York, Produktenmarkt.

| | 12. 5. | 11. 5. | | 12. 5. | 11. 5. |
|---|---|---|---|---|---|
| Zucker (ges. | 11½ | 11½ | Zinn | 6,70 | 6,70 |
| Mai | 5,50 | 5,48 | Kupfer | 23,37½ | 23,37½ |
| Juli | 5,18 | 5,18 | Weizenmehl | 5,75 | 5,75 |
| Sept. | 5,21 | 5,26 | Reisstärke | 11,57½ | 11,57½ |
| Kaffee Mai | 5,03 | 5,00 | Reis | 8,00 | 8,00 |
| März | 7,92 | 7,97 | Ber. Kartoffel | — | 11,50 |
| Baumwolle l. | 25,45 | 25,30 | Juli | 10,64 | 10,88 |
| Mai | 25,26 | 25,11 | Petroleumfässer | 15,50 | 15,50 |
| Juni | 24,68 | 24,48 | Tonnen | 6,00 | 6,00 |
| Juli | 24,10 | 23,86 | Stand. wh. | 13,00 | 13,00 |
| Sept. | 23,35 | 23,15 | Crud. bl. | 3,75 | 3,75 |
| Sept. | 23,05 | 22,90 | Zucker | 8,16 | 8,28 |
| Tarifw. | 2,00 | 6,00 | Terpentin | 110 | 110 |
| Augur n. | 16 | 16 | Eisen | 100 | 98½ |
| Rio | 7,12 | 7,12 | Bessem. R. Pr. | 24,75 | 25,00 |

#### Chicago, Produktenmarkt.

| | 12. 5. | 11. 5. | | 12. 5. | 11. 5. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen Mai | 1161 | 1162 | Rippen Mai | 8,574 | 8,60 |
| Juli | 1141 | 1152 | Speck short | 8,25 | 8,25 |
| Mais Mai | 784 | 784 | Schmalz | 9,124 | 9,10 |
| Juli | 783 | 79 | Gefrieren. Schweine | 7,55 | 7,55 |
| Hafer Mai | 43½ | 43½ | Schweine, leichtest | 7,90 | 7,95 |
| Juli | 43½ | 43½ | Schweine, mittel | 7,90 | 7,95 |
| Roggen Mai | 76½ | 76½ | Schweine, schwerst | 7,80 | 7,80 |
| Sept. | 77½ | 78 | Chicago | 37,00 | 10,000 |
| Schweine Mai | 10,55 | 10,55 | Winnipeg | | 66,000 |
| Juli | 10,70 | 10,70 | | | |

## „Atrocities".

Von

Prof. Richard Sternfeld.

Was der Außenminister v. Rosenberg letzthin gesagt hat: Deutschland stehe auch heute noch allein, und auf wirksame Teilnahme des Auslands könne es nicht rechnen — das kann nur jene Illusionäre überraschen, die, immer noch unbelehrt, irgendeine Besserung des deutschen Unglücks von äußeren Umständen, oder gar von einem Eingreifen fremder Mächte erwarten. Wehe der Nation, die auf Mitleid der andern hofft oder gar darum bettelt! Oderint dum metuant — das war für schwachmütige Pazifisten entsetzlich strenge, aber so ist es gewesen und so wird es sein, solange Menschen eben Menschen sind und bleiben.

Welch eine Heuchelei war es, aber auch kindliche Naivität, Bismarck das Wort das er gar nicht gesprochen hat als ungeheuren Frevel nachzutragen: „Macht geht vor Recht" — als wenn es anders gewesen ist, oder auch nur anders sein kann! Schon Spinoza sagte: „Weil Jeder nur so viel Recht hat, wie er Macht besitzt", und spricht damit aus, was Der seine Macht hat, kann so sein Recht nicht durchsetzen, und jeder Richter braucht den Bütrel, um sein Urteilsrecht zu vollstrecken. Aber in der Politik kann man noch weiter gehen: Der Staat, der seine Macht hat, bekommt auch sein Recht, er sieht sein Recht nirgends einerkannt, so sehr er selbst davon überzeugt ist. Aber heute in den Tagen des Völkerbundes und der französischen Gewaltpolitik brauchen das Werdener Schandurteil im Krupp-Prozeß müßten doch auch dem blödesten Optimisten die Augen öffnen. Ich in der Zeit der Reformation die französische Verfassung bedroht war, gründete Guizot einen Trughund unter dem Namen: „Aidez-toi et le ciel l'aidera", und wir sollten nicht vergessen, daß dies ein französisches Sprichwort ist